

Paroli

Linke Blätter
für Stadt,
Landkreis und
Universität
Ausgabe Nr. 1
Januar/Februar
2007

Geldregen überfordert Rot-Grün

Marburger Haushaltsaufstellung 2007 wird von Kommunalaufsicht geprüft

Mehreinnahmen von etwa 20 Millionen Euro bei der Gewerbesteuer im Jahre 2006 bringen den Magistrat und die ihn tragende SPD-Grünen-Koalition ins Schleudern. Anstatt die Stadtverordneten in einem Nachtragshaushalt über die Verwendung des unerwarteten Geldregens beschließen zu lassen, verwurstet der Magistrat die Mehreinnahmen eigenmächtig

nach Gutsherrenart.

Die Aufstellung des Haushaltes 2007 geriet daher in der Stadt Marburg zum Lehrstück „Haushalt ohne Stadtverordnete“. Bis wenige Tage vor der endgültigen Beschlussfassung kannten die Parlamentarier wesentliche Daten des Haushaltes 2007 nicht. Die rot-grüne Mehrheit setzte inhaltlich rigoros die falsche Konzeption „Konzern Stadt“ durch und verhedderte sich formal in den Niederungen der hessischen Gemeindeordnung.

OB Egon Vaupel, in Personalunion Kämmerer der Stadt, verbreitet die Idee, in wenigen Jahren den „Konzern Stadt“ ohne jegliche Fremdfinanzierung führen zu wollen. Selbst ein betriebswirtschaftlicher Laie weiß, dass dieses Vorhaben kindisch ist. Die Auswirkungen auf die Menschen in dieser Stadt sind gleichwohl gravierend: Kein sinnvoller Ausbau der Marburger Bäderlandschaft, keine Ausweitung beim Stadtpass, kein Durchbruch in Sachen Energiewende, sondern Kürzungen und Stillstand bei vielen wertvollen Aktivitäten vor allem im sozialen und kulturellen Bereich.

Die MARBURGER LINKE“ fordert hingegen auch für den Haushalt 2007 deutliche Mehreinnahmen bei Gewerbesteuer, Gewinnausschüttungen von Stadtwerken und Sparkasse gegenüber den Ansätzen der Koalition. Diese Mehrein-

nahmen sollen vor allem zum Einstieg in einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse!), den gänzlichen Wegfall der Kindergartengebühren, die Einrichtung einer Energieagentur und den bedarfsgerechten Ausbau des Aquamar mit 50-m-Becken und Sprungturm verwendet werden.

Wegen der Missachtung der Rechte der Stadtverordneten schaltete die MARBURGER LINKE die Kommunalaufsicht ein. Teile des Haushaltes hatten dem Stadtparlament und der Öffentlichkeit nicht rechtzeitig vorgelegen. Erst am Tag der Abstimmung erhielten alle Abgeordneten den kompletten Haushaltsentwurf – ein flagranter Verstoß gegen die Hessische Gemeindeordnung.

Hajo Zeller

Mehrwertsteuer

$$(0 + 2) : 2 = 3$$

Am 1. Januar wurde die Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent angehoben. Das trifft vor allem Menschen mit kleinem Geldbeutel. Besonders betroffen sind RentnerInnen und Hartz-IV-EmpfängerInnen, die mit keiner Erhöhung ihrer Einkommen rechnen können. Im Wahlkampf war die SPD noch vehement gegen eine Anhebung um zwei Prozent aufgetreten, wie sie die CDU verlangt hatte. In den Koalitionsverhandlungen einigte man sich dann darauf, sie um drei Prozent zu erhöhen – logisch?

Aber wie sagte Vizekanzler Franz Münterfering: „Wir werden als Koalition an dem gemessen, was in Wahlkämpfen gesagt worden ist. Das ist unfair.“

N.B.

Editorial

Paroli wird geboten

Das politische Leben in der Stadt Marburg und im Kreis ist vielfältig, die offiziellen Informationen bruchstückhaft. Dem soll abgeholfen werden. Ab Januar 2007 erscheint alle zwei Monate „Paroli“ als Infoblatt von Linkspartei und WASG. Wie der Name schon sagt: Paroli wird geboten – wenn der rot-grüne Magistrat wie bei der Haushaltsverabschiedung seine Mehrheit rücksichtslos ausnutzt; wenn im Kreistag Hartz IV als Wohltat ausgegeben wird; wenn Friedenspolitik, Antirassismus oder Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern auf die Tagesordnung gesetzt werden müssen. Die Einsicht in die Notwendigkeit eines linken Infoblattes ist leicht, die Umsetzung schon schwerer. Wir wagen es hiermit und laden alle Linken innerhalb und außerhalb der beiden Parteien ein zum Mitmachen, zum Kritisieren, zum Unterstützen. Renate Bastian



▲ Keinen Cent sollen das Herz und die Efeuranke den Marburger Steuerzahler kosten. Die 40.000 Euro werden von Sponsoren wie Ahrens oder Volksbank aufgebracht. Einnehmen wird man durch die Telefonaktion allenfalls 8.000 Euro für gemeinnützige Projekte. Wäre es da nicht im Sinne Elisabeths gewesen, wenn die Sponsoren das Geld für Bedürftige gespendet hätten und nicht für ein Lichtobjekt, das die Universität zu kitschig fand, um es am Landgrafenschloss zu platzieren. Der Werbeeffect für die eigene Firma wäre wohl zu gering gewesen.

GYSI KOMMT!



Ende der Geschichte? Über die Chancen eines modernen Sozialismus

Veranstaltungsreihe des Aktionsbündnis gegen Studiengebühren und Sozialabbau

Mi., 24. Januar, 20.00 Uhr, Hörsaal 207, Biegenstr. 14

Termine

■ **GYSI** kommt!

Mi., 24. Jan., 20.00 Uhr, HSG

■ Veranstaltungsreihe „Hessen hinten“: **Hessische Verfassung**

Do., 25. Jan., 20.00 Uhr, KFZ

■ **Stadtverordnetensitzung**

Fr., 26. Jan., 17.00 Uhr, Barfüßerstr. 50

■ Veranstaltungsreihe „Hessen hinten“: **Gleichstellungspolitik**

Do., 1. Feb., 20.00 Uhr, KFZ

■ Sitzung des **Kreistages**

Fr., 9. Feb., 9.00 Uhr, Kreisverwaltung

■ Landesparteitag der **Linkspartei**

Sa./So., 10./11. Feb., Sitzungssaal, Barfüßerstr. 50

■ Besuch der Zwangsarbeitsausstellung in Stadtallendorf

Fr., 16. Feb., abends (Anmeldung bis 10.2. bei der Linken)

Regelmäßige Termine

■ **Mitgliederversammlung** von Linkspartei und WASG tagt am 2. Mittwoch im Monat, 19.30 Uhr (nächster Termin: 14. Februar)

■ Die **Fraktion MARBURGER LINKE** tagt Montags, 20 Uhr

■ Die Linkspartei **Kreis AG** trifft sich Donnerstags, 19.30 Uhr

Impressum

Paroli

Herausgeber: DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf, Fraktion MARBURGER LINKE, Fraktion DIE LINKE. im Kreis, [solid]

Redaktion: Renate Bastian, Nico Biver (verantwortl.), Ulrike Eifler, Florian Flörsheimer, Eckhard Kohn, Hartwig Weber, Hajo Zeller

Layout: Nico Biver

Druck: Druckhaus Marburg

Erscheinungsweise: sechsmal im Jahr

Redaktionsschluss: 15. Januar 2007

Kontakt

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf, Weidenhäuser Str. 78-80

(ab 1.2.: Frankfurter Str. 15)

Tel. 06421-163873

info@linkspartei-marburg.de

www.linkspartei-marburg.de

„Konzern Stadt“ zahlt Niedriglöhne

MARBURGER LINKE fordert Mindestlöhne bei der Stadt und ihren Auftragnehmern

Wenn Oberbürgermeister Egon Vaupel in seiner Haushaltsrede wie selbstverständlich vom „Konzern Stadt“ spricht, verheißt das nichts Gutes für die Beschäftigten. Seit Jahren brüstet sich die Stadt, dass sie unter den vergleichbaren Städten am wenigsten für Personal ausgibt. Die Eigenbetriebe der Stadt werden in privatwirtschaftlich organisierte GmbHs (Stadtwerke, Altenhilfe St. Jakob, SEG, MTM usw.) umgewandelt, um Kosten durch Lohnsenkungen zu sparen. Da die städtischen GmbHs z.T. noch an alte Tarifverträge gebunden sind, gründen sie wiederum Tochtergesellschaften, die in niedrigere Tarife flüchten (MaBuS, MEG). Die Altenhilfe St. Jakob stieg sogar aus dem Arbeitgeberverband aus und ist vertraglich nicht mehr gebunden. Die niedrigsten Stundenlöhne belaufen sich hier auf 8,22 Euro bzw. auf 7,36 bei ihrer Tochter, der Marburger Service GmbH. AST- und Busfahrer bei der MaBuS erhalten mit 9,36 bzw. 9,77 Euro vierzig Prozent

weniger als die Altbeschäftigten der Stadtwerke.

Die Stadt profitiert auch von den Verschlechterungen des neuen Tarifvertrages für den Öffentlichen Dienst (TVÖD), der Niedriglöhne von 7,68 Euro monatlich erlaubt, und von der Verlängerung der Arbeitszeit für Beamte.

Noch billiger sind die Ein-Euro-Kräfte, von denen die Stadt und ihre Betriebe regelmäßig zwischen 30 und 50 beschäftigen. Sie dürfen nur für „zusätzliche Aufgaben“ eingesetzt werden, aber was das bedeutet, lässt viel Interpretationsspielraum.

Um Druck gegen Lohnabbau und für einen bundesweiten Mindestlohn zu machen, hat die Fraktion MARBURGER LINKE die Stadt aufgefordert, dafür zu sorgen, dass



▲ Neueinstellungen von BusfahrerInnen gibt es bei den Stadtwerken nur noch zum Niedriglohntarif

bei ihr und in ihren Betrieben mindestens der von ver.di geforderte gesetzliche Mindestlohn von 7,50 Euro bezahlt wird. Aufträge sollen nur an Firmen vergeben werden, die ihre Beschäftigten nicht schlechter bezahlen. Es ist nicht zu vermuten, dass am 26. Januar die Stadtverordneten der anderen Fraktionen – selbst nicht ihre ver.di-Mitglieder – dem zustimmen werden. Denn das rechnet sich nicht für den „Konzern Stadt“.

Charly Gaul

Elisabeth-Jubiläum für Arme?

Am 7. Juli jährt sich zum 800sten Mal der Geburtstag von Elisabeth von Thüringen. Aus diesem Anlass bemühen sich verschiedene Institutionen und Kulturträger von Stadt und Kreis das Jahr mit Veranstaltungen unterschiedlichster Art zu füllen. Der Grund: Würdigung des Wirkens der Heiligen Elisabeth. Dieses Wirken bedeutete, den Ärmsten und Kranken dienend zu helfen, Entsagung weltlicher Bedürfnisse und Kasteiung der eigenen Person bis zur Selbstaufgabe. Diese Lebenseinstellung kommt uns in der heutigen Lebenswirklichkeit eher fremd als bekannt vor. Es stellt sich die berechtigte Frage, wie wir eine solche Frau und ihre Arbeit überhaupt

würdigen können.

Das Bemühen der Veranstalter soll hier nicht in Abrede gestellt werden, jedoch drängt sich schon alleine aufgrund der notwendigen Geldmittel die Frage auf, wem denn der ganze Einsatz wirklich dient? Der Beschreibung Elisabeths oder dem Füllen der Stadt und des Kreises mit zahlkräftigen

Kunden und Touristen? Jedes siebte Kind des Landkreises lebt bei uns in Armut. Werden diese Kinder auch die Kunst-by-call Aktion nutzen, um das Leuchtobjekt auf dem Wilhelms-Turm anzurufen?

Welche Möglichkeiten haben Arme und Ausgegrenzte – die Menschen, denen Elisabeth geholfen hätte – die kulturellen Angebote zu genießen? Eher keine.

Birgit Schäfer



► **Fraktion MARBURGER LINKE:** Pit Metz, Henning Köster, Birgit Schäfer, Alexandra Darabos, Eva Chr. Gottschaldt

Der Kreistag läuft weiter unrund

Die Kommunalwahlen im März haben die Kreistagsarbeit nicht verändert

Bei den Kommunalwahlen im 2006 verdoppelte DIE LINKE im Kreistag ihren Stimmenanteil (von 2,4 auf 4,91%) und die Mandate (von 2 auf 4). Unbeeindruckt davon regiert die Schwarzgrün-gelb-farblos-Koalition weiter – und die SPD schmolzt. Keine Sitzung des Kreistages ohne Pannen. Mal muss der Erste Kreisbeigeordnete Dr. McGovern eine Vorlage zurückziehen, weil der Kreisausschuss noch nicht zugestimmt hat. Mal verheddert sich die Koalition in ihrer Geschäftsordnung. Oder der Kreistagsvorsitzende lässt sich von Republikanern auf der Nase herumtanzen, die einen Antifaschisten bei der Polizei anschwärzen, die daraufhin widerrechtlich im Kreistag tätig wird.

Die Schulden des Kreises wachsen weiter. Ein Drittel des Haushaltes wird bereits aus kurzfristigen Krediten finanziert. Dies hat zwar nicht der Landrat zu verantworten, wie die SPD behauptet, sondern ist der Steuerpolitik des Bundes geschuldet, die bis 2005 von Rot-Grün und seitdem von einer großen Koalition bestimmt wird. Wer Spitzensteuersätze senkt, die Unternehmen durch milliardenschwere Steuergeschenke aus der sozialen Verantwortung entlässt und eine gigantische Umverteilung von unten nach oben betreibt, muss sich nicht wundern, wenn den Kommunen und Landkreisen die finanzielle Basis wegbricht.

Rührend sind die Versuche von Landrat Fischbach anzusehen, sich die desolaten Kreisfinanzen schön zu reden. Tapfer, trotzig und hilflos verkündet er die „Konsolidierung“ der Kreisfinanzen, weil das Defizit dieses Jahr „nur“ um neun Millionen Euro ansteigt. Der Verweis auf andere Landkreise, denen es finanziell noch schlechter geht, hilft nicht wirklich weiter.

Auch die Eiertänze der Grünen setzen sich im neuen Kreistag fort. Ob bei Studiengebühren, dem Ausbau erneuerbarer Energien im Kreisgebiet oder bei der Frage ob

eine geduldete Familie aus Togo abgeschoben werden soll, im Zweifelsfall entscheiden sich die Grünen fast immer für die Koalitionsdisziplin und gegen ihre in der Stadt Marburg, im Land Hessen und im Bund lautstark verkündeten Überzeugungen.

Die wichtigen Themen im Landkreis soziale Sicherheit, lokale Arbeitsmarktpolitik, Bildung und Energiewende werden vor allem von der Fraktion „Die Linke“ aufgegriffen. Um diesen Vorstößen mehr Gewicht zu verleihen, ist es notwendig, die Kommunikation mit Vereinen, Verbänden, Initiativen und Einzelpersonen zu verbessern. DIE LINKE. Fraktion im Kreistag arbeitet daran.

Landratswahl ante portas

Im Herbst wählen die BürgerInnen des Landkreises einen neuen Landrat. Amtsinhaber Fischbach tritt noch einmal als Gemeinschaftskandidat der Koalition an. Die Sozialdemokraten haben ihre Kandidatenkür versammelt. Der hohe Favorit Andreas Schulz, Bürgermeister von Ebsdorfergrund, zog seine Kandidatur wegen mangelnder Unterstützung aus den eigenen Reihen kurzfristig zurück. Als Notnagel dient nun Manfred Barth, Bürgermeister von Rauschenberg.

Dieser brave, ein wenig bieder wirkende Sozialdemokrat sucht seither im Kreistag die Auseinandersetzung mit dem Amtsinhaber. Seine bisherigen Versuche wirken jedoch inhaltlich und rhetorisch saft- und kraftlos. Lediglich die Schützenhilfe von Norbert Schüren, ehemaliger Fraktionschef der SPD im Stadtpar-



▲ Auch außerparlamentarisch: Linke Kreistagsabgeordnete Anna Hofmann und Herwig Selzer. Nicht im Bild: Inge Sturm und Heidi Boulnois.

lament, bringt den Landrat hin und wieder in Bedrängnis. Die Attacken wegen Unregelmäßigkeiten bei der kreiseigenen TOuR GmbH erzielten beim Amtsinhaber den einen oder anderen Wirkungstreffer.

DIE LINKE.Marburg-Biedenkopf diskutiert, ob sie einen eigenen Kandidaten oder eine Kandidatin präsentiert. H.Z.



Kampf gegen Studiengebühren geht in die nächste Runde

In diesen Tagen wird die Hessische Verfassung 60 Jahre alt. Als erste Landesverfassung der Nachkriegszeit enthält sie weitgehende soziale Rechte, darunter auch das Recht auf kostenlose Bildung. Im Artikel 59 heißt es wörtlich: „In allen öffentlichen Grund-, Mittel-, höheren und Hochschulen ist der Unterricht unentgeltlich.“

Dennoch beschloss die CDU am 5. Oktober 2006 mit ihrer absoluten Mehrheit im Landtag die Einführung von Studiengebühren. Obwohl im letzten Sommer Zehntausende gegen dieses Vorhaben protestierten, sind ab Wintersemester 2007/2008 500 Euro pro Semester fällig. Das ist nicht nur unsozial, sondern auch verfassungswidrig. Deshalb wollen die Studierendenvertretungen vor dem hessischen Staatsgerichtshof gegen das Gesetz klagen. Dabei werden sie unter anderem von verschiedenen Einzelgewerkschaften und dem Deutschen Gewerkschaftsverband (DGB) unterstützt. Um die Verfassungsklage beim Staatsgerichtshof einreichen zu können, werden die Unterschriften von 43.308 wahlberechtigten Hessinnen und Hessen benötigt. Die Klageformulare sind beim Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) erhältlich. Sie müssen aber in den Einwohnermeldeämtern – in Marburg also im Stadtbüro – unterschrieben und abgestempelt werden.

Das Klageformular und weitere Infos zur Verfassungsklage: www.verfassungsklage-bildung.de

Jan Schalauske

Coupon

- Ich will Paroli bekommen
- Ich spende was fürs Porto

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

**DIE LINKE. Frankfurter Str. 15,
35037 Marburg**

Konto: DIE LINKE, Konto-Nr. 176 239 07
Volksbank Mittelhess. (BLZ 513 900 00)

Kommentar

Aufschwung auch bei den Löhnen!

Ein kräftiger Aufschwung bläst durch die Republik und lässt die Gewinne plötzlich sprudeln. Der Boom sei so stark wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr, heißt es zufrieden unter den Wirtschaftsexperten und Konzernchefs. Doch während sie aufschwungsbesoffen und unkontrolliert mit Gewinnerwartungen um sich werfen, wird den Arbeitnehmern der Schluck aus der Pulle verwehrt. Höhere Löhne können wir uns nicht leisten, erklärt Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt. Und Hans Werner Sinn vom konservativen ifo-Institut bekräftigt scharfsinnig, dass der Aufschwung ja schließlich auch irgendwann wieder vorbei sein könne. Die Lohnforderungen der IG Metall von sieben Prozent seien völlig überzogen und beschäftigungspolitisch unverantwortlich. Ähnlich klagte die Arbeitgeberseite auch in den Krisenjahren 2002/ 2003. Empört wehrte sie sich gegen die Lohnforderungen der Gewerkschaften. „Auch in dieser Tarifrunde kann nur verteilt werden, was erwirtschaftet wurde“, hieß es noch Anfang 2006 beim Arbeitgeberverband Gesamtmetall, als vom Aufschwung wenig zu spüren war. Dumm gelaufen! Denn während die Massenentlassungen, Arbeitszeitverlängerungen und Lohnkürzungen der letzten Jahre die Unternehmen profitabler machten, nahm der Lebensstandard breiter Bevölkerungsschichten rapide ab. Die Mehrwertsteuererhöhung, die höheren Krankenkassenbeiträge und die gestiegenen Energiepreise werden viele Menschen zusätzlich belasten. Höchste Zeit also, die Arbeitgeber beim Wort zu nehmen: Es sollte endlich das verteilt werden, was erwirtschaftet wurde – und zwar an diejenigen, die maßgeblich daran beteiligt waren.

Ulrike Eifler

Mehr Geld statt mehr Einkaufszeit!

Die Arbeitszeiten müssen so beschaffen sein, dass sie die Gesundheit, die Würde, das Familienleben und die kulturellen Ansprüche des Arbeitnehmers sichern“. So heißt es in Artikel 30 der Hessischen Verfassung. Pünktlich zu ihrem 60. Jahrestag am 1. Dezember 2006 hat die Landesregierung selbst gegen die Verfassung verstoßen. Denn am selben Tag trat das Hessische Ladenöffnungsgesetz in Kraft (HLöG). Künftig kann der hessische Einzelhandel 24 Stunden lang öffnen. Zusätzlich wurden vier Sonntage freigegeben.

Mit der Lockerung werden sich die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten drastisch verschärfen. Die Ausdehnung der Arbeitszeiten ist dabei eine Seite. Eine andere ist die Bezahlung. Der Einzelhandel ist ohnehin eine der schlechtbezahltesten Branchen, in der vorwiegend Frauen beschäftigt sind. Der Stundenlohn liegt in den meisten Fällen unter acht Euro – auch in Marburg. Ausgerechnet diejenigen sollen jetzt noch weniger bekommen: Zum Jahreswechsel 2006 kündigte der Arbeitgeberverband die Manteltarifverträge, um die Zuschläge zu senken. Auf der Kippe steht also nicht nur die gemeinsame Freizeit

der 2,7 Millionen Beschäftigten und ihrer Familien. Obendrein gibt es auch noch weniger Geld.

Die Armutsstudie des Statistischen Bundesamtes Anfang Dezember ergab, dass derzeit 13 Prozent der Menschen als armutsgefährdet gelten. Trotz einer Vollzeitbeschäftigung leben viele am Rande des Existenzminimums. Zusätzlich arbeiten mehrere Millionen Menschen in geringfü-



Das Linke Zentrum zieht um: Am 1. Februar werden DIE LINKE Marburg-Biedenkopf und die Fraktionen im Stadtparlament und Kreistag ein neues Büro in der Frankfurter Straße 15 beziehen

gigen Arbeitsverhältnissen. Statt den Ladenschluss freizugeben sollten also besser sozial gerechte Mindestlöhne eingeführt werden.

Ulrike Eifler

['solid] - auch in Marburg

['solid] – die sozialistische Jugend ist die autonome, parteinahe Jugendorganisation der Linkspartei. In ganz Deutschland gibt es Ortsgruppen und seit ca. einem Jahr auch eine in Marburg. Bisher machen vier junge Leute mit, die Spaß an aktiver Politik haben. Die Gruppe hat bereits 2006 mehre-

re Aktionen durchgeführt und wird auch 2007 weiter aktiv sein. Jeder interessierte junge Mensch kann zu einem der Gruppentreffen kommen. ['solid] Marburg trifft sich zurzeit jeden Donnerstag um 17.00 Uhr im Linken Zentrum.

Kontakt: solid-mr@gmx.de oder über www.solid-hessen.de.

Linke auf Vereinigungskurs

Gemeinsame Strukturen in Marburg geschaffen

Wir sind eine Sturzgeburt von Gerhard Schröder“, hatte Ulrich Maurer am 3. Oktober 2006 den Kreisverbänden von WASG und Linkspartei auf ihrer gemeinsamen Mitgliederversammlung im Sitzungssaal der Stadtverordneten zugerufen. Damit beschrieb der Parlamentarische Geschäftsführer der Linksfraktion den durch die vorgezogenen Neuwahlen beschleunigten Vereinigungsprozess der beiden Bundesparteien. Am 16. Juni 2007 werden sie sich auf einem gemeinsamen Gründungsparteitag zusammenschließen.

In Marburg – wo der Politikwissenschaftler Wolfgang Abendroth stets für die Einheits- und Bündnisfähigkeit der Linken eintrat – war

die Zusammenarbeit in beiden Parteien von Beginn an nahezu unumstritten. Bereits Anfang Juni 2005 hatte es eine erste Verständigung über eine mögliche Kooperation



gegeben. In der Folge schweißten nicht nur die Wahlkämpfe beide Parteien zusammen. Auch am Kampf gegen die Privatisierung der Universitätskliniken, gegen Studiengebühren, gegen den geplanten Neonazi-Aufmarsch im August 2006 und im Zuge der Mindestlohn-Kampagne waren die Mitglieder gemeinsam auf der Straße. Die Zusammenarbeit mündete im Oktober in der Wahl eines gemeinsamen Leitungsgremiums, dem jeweils drei Mitglieder beider Parteien und zwei Parteilose angehören. Provisorisch gab man sich den Namen „Die Linke. Marburg-Biedenkopf.“

Im Windschatten der Proteste gegen den G8-Gipfel und rechtzeitig vor den Landtagswahlen in Hessen wird im Juni eine neue linke Partei entstehen. Sie will parlamentarisch wie außerparlamentarisch für eine sozialere und friedlichere Gesellschaft eintreten. U.E.